Zweite Zukunftswerkstatt

Inklusion geht alle an:
Vielfalt in der Bildungsregion Bornheim

Protokoll der Tagung am 09./10.09.2010
in Bornheim/Merten

Herausgeber :
Stadt Bornheim – Der Bürgermeister

Für den Inhalt verantwortlich:
Manfred Harder / GB 4.3
Raimund Patt / Schulhorizonte
Markus Schnapka / Beigeordneter

Oktober 2010

Inhaltsverzeichnis

I Begrüßung durch Markus Schnapka / Beigeordneter…….. 4

II Programm…… 5

III Vortrag……. 8

IV Gruppenphasen……18

IV I. Impulse der Indexe für inklusive Entwicklung……..18

IV II. Kleine wirkungsvolle Entwicklungsschritte in der Perspektive: „Inklusion“ sind jetzt schon in den Institutionen möglich……22

V Kleine wirkungsvolle Entwicklungsschritte in der Perspektive: „Inklusion“ sind jetzt schon in der Bildungslandschaft Bornheim möglich……...26

VI Tagungsernte und Auswertung……..27

VII Liste der Teilnehmenden……28

VIII Literatur……..29

I. Begrüßung durch Markus Schnapka / Beigeordneter

Noch vor 65 Jahren wurde in Deutschland bei Menschen mit Behinderung zwischen wertem und unwertem Leben unterschieden und gerichtet. Nach Kriegsende gab es eine lange Periode des Aussonderns in Anstalten und Heimen. Es folgte, teilweise zeitlich parallel mit der Integration von Migranten, die Integration von „Behinderten“ mit dem Ziel, über die besondere Förderung die Handlungsfähigkeit und Selbständigkeit zu erreichen. Während die Integration von Migranten insgesamt auf halbem Wege stecken blieb, wurden bei der Integration von Menschen mit Behinderungen politisch, rechtlich und im Lebensalltag Fortschritte erreicht, die im umzusetzenden Prinzip der Inklusion münden können und sollen.

Integration und erst recht die Inklusion sind Prozesse, die die Mehrheit ebenso fordern wie die Minderheiten. Dabei kann es weder eine Assimilierung geben noch eine Anpassung als einseitige Orientierung an Menschen ohne Behinderung. Die Inklusion ermöglicht uns eine neue Sichtweise – weg von der Verengung des Blicks auf die Hindernisse des Einzelnen und ihrer Bewältigung im Einzelnen. Die neue Sichtweise erfasst das, was die Gesellschaft und ihre Institutionen brauchen, um ihrem Bildungs- und Förderauftrag für alle Menschen zu entsprechen, ohne zu separieren. Die Grenzen der Inklusion sind schwierig auszuloten. Sie ergeben sich dann, wo das Wohl des Einzelnen berührt wird, denn für Menschen mit Behinderung gilt das Recht auf Raum und Selbstbestimmung gleichwohl. Dieser Raum ist individuell zu bemessen und kann nicht als Argument herhalten, um Veränderungen zu verhindern und aus Rücksicht auf Systeme und feste Strukturen die Perspektive einzuengen. Deshalb sind die Förderschulen als vierte Säule des Schulsystems besonders herausgefordert.

Seit Mitte August ist unsere Verbundschule in Uedorf ein Kompetenzzentrum, in dem „Bildung für alle“ Ziel und Programm ist. Das Team von Frau Rothkegel steht den Bornheimer Schulen zur Verfügung und trägt dazu bei, dass die Integrationskraft der Regelschulen wächst. Noch ist das Konzept nur schulbezogen, eine Ausweitung auf den Elementarbereich ist bislang nicht vorgesehen, aber dringend notwendig. Die Landesregierung ist nun in der Pflicht, ein Inklusionskonzept zu erstellen, in dem das gesamte Spektrum der besonderen Förderung neu aufgestellt wird und in dem auch das Kompetenzzentrum mit anderen Inklusionselementen seinen Platz hat. So ist z.B. die Frage noch zu beantworten, wie sich das Kompetenzzentrum und die Ressourcen, die dafür aufgewendet werden, im Ergänzung, nicht als Ersatz, zum Gemeinsamen Unterricht darstellt.

Wir in Bornheim machen mit bei der Inklusion und gehen die ersten Schritte auf kommunaler Ebene. Wir gestalten diese Zukunftswerkstatt, und wir werden im Frühjahr 2011 den Tag der Inklusion veranstalten, der die Ergebnisse der heutigen Zukunftswerkstatt aufgreifen und verwerten wird. Unser Ziel ist ein Inklusionsplan, der von vielen in dieser Stadt getragen und umgesetzt wird. Bei unserem Start haben wir Unterstützung, denn die Schulaufsicht macht mit. Herr Weidinger vom Schulamt ist allerdings viel mehr als Aufsicht: Er ist Berater, Helfer in der Not, kompetenter Kooperationspartner bei allem, was wir in Sachen Weiterentwicklung der Bornheimer Bildungslandschaft unternehmen. Und wir sind ein aktiver Schulträger, der die vorgegebene Grenze zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten gerne ausreizt. Dafür stehen unser Bürgermeister Wolfgang Henseler, Frau Leyendecker als Fachbereichsleiterin, Herr Harder als Geschäftsbereichsleiter der Bornheimer Schulen und ich als Beigeordneter mit unseren Kolleginnen und Kollegen, aber auch der gesamte Stadtrat, der das Vorhaben nachdrücklich und einstimmig unterstützt.

Es ist die 2. Zukunftswerkstatt, die wir heute und morgen gemeinsam gestalten. Wir machen das als großes Gemeinschaftsprojekt: Schüler, Lehrer, Eltern, Erzieherinnen, Schulträger, Jugendhilfe. Denn Bildung ist ein Gemeinschaftswerk. Inklusion auch.

Glück Auf!

II. Programm

Die 1. Zukunftswerkstatt am 03. & 04. September 2009 stand unter dem Motto „Die Stadt als Bildungslandschaft – Bornheim macht Schule“. In intensiven Dialog- und Arbeitsphasen wurden fünf Entwicklungsprojekte mit Zielvereinbarungen, Maßnahmenplanungen und Verantwortlichkeiten auf den Weg gebracht.

Nach einem Jahr wollen wir auf diese Entwicklungsspuren schauen, wie sind die Ergebnisse und was konnte positiv bewirkt werden? Die Entwicklungsaufgaben erhalten im Jahr 2010 eine besondere Dynamik und eine neue visionäre Perspektive durch die Anforderungen zur inklusiven Entwicklung.

Mit der Zustimmung des Bundestages zum Ausführungsgesetz zur UN – Konvention zum Schutz und zur Förderung der Rechte und der Würde von Menschen mit Behinderungen im März 2009 sind alle Ebenen staatlicher Gestaltung (Bund , Länder, Städte und Kommunen) verpflichtet, die Bildungspolitik und somit die strukturelle sowie innere Gestaltung der Bildungslandschaft, insbesondere der Schulen in Deutschland grundlegend neu zu orientieren.

Die Konvention verpflichtet die Vertragspartner unmissverständlich, für „inclusive education“ Sorge zu tragen. Das bedeutet:

- Alle Kinder werden in wohnortnahen allgemeinen Schulen in heterogenen Lerngruppen der Vielfalt ihrer Begabungen und Entwicklungschancen entsprechend unterrichtet und
- das hochdifferenzierte Förderschulsystem ist abzubauen.

Diese Zeichen des Wandels bewirken **Irritationen** und erfordern **neues Denken und Handeln**:

- Ist das NRW - Modellprojekt ***„Kompetenzzentrum Sonderpädagogische Förderung - KsF“*** eine inklusive Chance?
- Wann wird die notwendige ***Revision des Schulgesetzes*** erfolgen, welche Vorgaben und Entwicklungsziele werden entschieden?
- Wird die ***Kultusministerkonferenz*** noch in 2010 die Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung aus dem Jahre 1994 in Richtung einer inklusiven Schulentwicklung erneuern?
- Welche ***Anforderungen*** ergeben sich ***auf kommunaler Ebene***? Nach welchen Vorgaben und in welchen Perspektiven richtet sich zukünftig die regionale ***Schulentwicklungs-, Kita- und Jugendhilfeplanung*** aus?
- Wie wird der ***Prozess des Wandels*** gestaltet, wer hat die Verantwortung, wer ist beteiligt, wer bestimmt…?
- Was wird aus den ***Kindern und Jugendlichen***, erhalten alle Schülerinnen und Schüler die angemessene Förderung in den allgemeinen Schulen?
- Vor welchen ***Entwicklungsanforderungen*** stehen die ***Kitas, die allgemeinen Schulen***, welche notwendigen Vorkehrungen und Unterstützungen können sie nachhaltig erhalten?
- Wie können die ***regionalen Unterstützungssysteme*** für Kinder, Jugendliche und ihre Familien neu koordiniert werden?
- Welche ***Rolle und Aufgaben*** werden die ***Lehrerinnen und Lehrer*** der (Förder)Schulen erhalten?
- Werden auch zukünftig noch ***Förderschulen*** gebraucht, welche Aufgaben haben sie? …

Zeiten des Wandels brauchen

die **sechs Ziele der Zukunftswerkstatt**:

- umfassende **Information** aller Beteiligten,
- das **Sammeln von Fragen** und den offenen **Dialog der Chancen sowie des Bedenkenswerten**,
- den **Austausch** und **Dialog** über Standpunkte und Ideen aus den unterschiedlichen Perspektiven,
- das **Andocken** der **Potenziale, Ressourcen** und **Entwicklungsspuren** (Werkstatt 2009),
- den **gemeinsamen Horizont des zukünftig Notwendigen und Möglichen** sowie
- die **Vereinbarung** und **Konkretisierung erster Schritte** sowie **Leitideen für den Entwicklungsprozess** in der Stadt Bornheim.

Programm:

Donnerstag, 09. September:

Zeit	Programm	**Arbeitsform**
bis 09.00	Anreise und Begrüßungskaffee/-tee	
9.00	**Begrüßung** durch Herrn Schnapka Vorstellung der Teilnehmenden Einführung in die Organisation, das Programm, die Ziele und den Ablauf durch R. Patt	Forum
	Berichte und Bilanzen 2009: Herr Schnapka berichtet mit den Projektverantwortlichen über die Ergebnisse der Entwicklungsprojekte (Zukunftswerkstatt 2009)	Forum
Pause 10.30 bis 11.00	**Zur Information (R. Patt):** - Was bedeutet Inklusion? - Die Makro- und die Mikroebene der Anforderungen der UN-Konvention - An welchen guten Beispielen können wir uns orientieren? - Was bewegt sich im Lande? – Entwicklungen im Modellprojekt KsF, KMK-Initiative, Deutsche Unesco-Kommission, regionale Inklusionspläne… - Welche Zukunft hat der GU? - Inklusion konkret: Indexe für Inklusion	Forum Vortrag und Präsentation Diskussion
	Frau Fallet-Viehmann (Regionales Bildungsbüro des Rhein-Sieg-Kreises): **Regionale Bildungsnetzwerke** als Forum und Motor inklusiver Entwicklung. Welchen Beitrag bietet das regionale Bildungsbüro?	Forum
12.30 bis 13.30.	Mittagspause	
13.30	**Impulse der Indexe:** - Kitas - Schulen - Kommunen	Index-Gruppen mit Aufträgen zu Indikatoren und Fragen
Pause 15.00 bis 15.30	**Dialog und Positionsklärung:** Miteinander ins Gespräch kommen: - Fragen und Bedenkenswertes - Haltungen und Meinungsbilder - Entwürfe des zukünftig Möglichen - Anknüpfungspunkte der guten Erfahrungen - Leitideen für den Prozess des Wandels - Ideen für erste konkrete Schritte bzw. Fortsetzungen	Dialog-Runden mit Arbeitsaufträgen
17.30 bis 18.00	**Tagesernte und Ausblick**	Forum

Freitag, 10. September:

Zeit	Programm	**Arbeitsform**
bis 09.00	Anreise und Begrüßungskaffee/-tee **Start in den Tag** – Rückblick und Tagesplanung	Forum
	<u>Galerie der Ergebnisse:</u> - Fragen und Bedenkenswertes - Haltungen und Meinungsbilder - Entwürfe des zukünftig Möglichen - Anknüpfungspunkte der guten Erfahrungen - Leitideen für den Prozess des Wandels - Ideen für erste konkrete Schritte bzw. Fortsetzungen	Markplatz Galerie
Pause 10.30 bis 11.00	**Dialog- und Arbeitsphase:** Konkretisierung der Galerie - der gemeinsame inklusive Horizont - Leitideen für den Prozess des Wandels - Anknüpfungen an gegenwärtige Entwicklungen, Ressourcen und Potenziale - Fortsetzungen und Entwicklungsvorhaben	Arbeitsgruppen Forum
	Konkretisierung und Vereinbarungen: - Die Filter der machbaren Umsetzung - Das brauchen wir für diese Entwicklungsschritte - Und so geht es konkret weiter - Vereinbarungen und Beauftragungen	Forum Projektgruppen
12.30 bis 13.00	Tagungsernte und Abschlussworte	Forum

III. Vortrag

Inklusion im Kontext der UN-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Rechte und der Würde von Menschen mit Behinderung und der „Kommunalen Bildungslandschaft"

Worum geht es?
Es geht um den notwendigen Wandel des deutschen Bildungssystems, siehe Ergebnisse und Folgerungen aus PISA, OECD-Berichte, Un-Konvention mit der Verpflichtung zur Inklusion, siehe die vielfältige Eindeutigkeit in fachlichen Diskussionen und Positionen, z.B. **Die Leipziger Thesen** (2002):

Es gibt viele Bildungsorte und Lernwelten

Bildung ist mehr als Schule.

- Bildung muss Zukunftsfähigkeit sichern.
- Das deutsche Bildungssystem verstärkt soziale Ungleichheit.
- Selektion behindert Bildung.
- Eltern sind keine Lückenbüßer – die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen junger
- Menschen.
- Chancengleichheit für junge Migrantinnen und Migranten.
- Bildung endet nicht mit dem Schulabschluss.
- Geschlechtergerechtigkeit als Bildungsauftrag.
- Kinder- und Jugendhilfe eröffnet ein breites Bildungsangebot.
- Bildung erfordert neue Formen der Vernetzung.
- Ganztagsangebote als Bildungsoffensive.

Das hochkomplexe System der sonderpädagogischen Förderung ist in Frage gestellt. Sind Förderschulen Orte der Fürsorge, Schonraum, Abstellgleis der Beschämung und Chancenlosigkeit, die besten Förderorte…?

Welchen Wandel brauchen die allgemeinbildenden Schulen, braucht es andere Schulformen, eine andere Schulkultur…?

Zur Lage und zum Nachdenken

aus dem Gutachten von Klemm 2009

- **485 000 Schülerinnen und Schüler** (= 5,8%) im Schuljahr 2007/08 mit „amtlich“ bestätigtem sonderpäd. Förderbedarf, davon sind 400 000 in Förderschulen und nur 85 000 (= 2,7%) im GU.
- **In 16 Bundesländern** zeigen sich z.T. erheblich Unterschiede:
- Rheinland-Pfalz 4,4% aller Schulpflichtigen, Mecklenburg-Vorpommern 10,9%, NRW 5,7%.
- Aus den Zahlen im **Förderschwerpunkt Sehen** könnte abgeleitet werden, dass in Baden-Württemberg (0,13%) prozentual deutlich mehr sehbeeinträchtige Kinder und Jugendliche leben als in Niedersachsen (0.03%), in Thüringen sind die Kinder besonders unerzogen.
- Die **GU-Anteile** schwanken von 44,9% (Bremen) bis 4,7% in Niedersachsen, NRW 16%, Bundesdurchschnitt 15,7% = **Schlusslicht in Europa.**

Die Förderschule hatte stets einen Doppelauftrag, die Förderung und die Entlastung:
„Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens“ (1959) Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen im Auftrag der Bundesregierung:
„Die Hilfsschulen und Sonderschulen nehmen diejenigen Kinder auf,
deren Entwicklung so stark behindert, gestört und verzögert ist, dass sie in den anderen Schularten nicht zu ihrem Recht kommen und deren Arbeit erheblich belasten würden.“

UN – Konvention zum Schutz und zur Förderung der Rechte und der Würde von Menschen mit Behinderungen
seit März 2009 auch in Deutschland bindendes Recht

Artikel 3-Absatz 3-Satz 2 Grundgesetz:
Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

SGB IX „Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen“
§ 2: Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher *ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist*. Sie sind von Behinderung bedroht, wenn die Beeinträchtigung zu erwarten ist.

UN-Konvention
Dem **Ausführungsgesetz** zu dem in New York am 30. März 2007 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten UN-Übereinkommen sowie dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wird im Bundestag und Bundesrat zugestimmt, d.h. die völkerrechtliche Norm hat seit 26. März 2009 innerstaatliche Geltung.

Artikel 24 Bildung:
Bei der Verwirklichung dieses Rechts stellen die Vertragsstaaten sicher,

a) dass Menschen mit Behinderungen **nicht auf Grund ihrer Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem** (= alle Einrichtungen, die einen Bildungsauftrag haben) **ausgeschlossen werden** und dass Kinder mit Behinderungen nicht auf Grund ihrer Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder von der Sekundarschulbildung ausgeschlossen werden;
b) dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, **Zugang zu einem inklusiven, hochwertigen und unentgeltlichen Grundschulunterricht und einer entsprechenden Sekundarschulbildung** haben;
c) dass **angemessene Vorkehrungen für die Bedürfnisse des Einzelnen** getroffen werden;

d) dass Menschen mit Behinderungen **innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung erhalten**, um ihre wirksame Bildung zu erleichtern;
e) dass in Übereinstimmung mit dem **Ziel der vollständigen Inklusion** wirksame **individuell angepasste Unterstützungsmaßnahmen** in einem Umfeld, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet, angeboten werden."

Ziel ist

- die **vollständige (80 bis 90 %) Inklusion**
- in einem hochwertigen und flächendeckenden Bildungssystem = **wohnortnahe allgemeine Schule**
- mit **angemessenen Vorkehrungen** für die Bedürfnisse des Einzelnen sowie
- **individuell angepassten Unterstützungsmaßnahmen**.

Die Grenzen der Inklusion sind markiert mit der Gefährdung des Kindeswohls.

Es besteht die **Verpflichtung**

- zur schrittweisen Umsetzung = Makroebene (z.B. Schulgesetz)
- zur Umsetzung des individuellen Anspruchs = Mikroebene. Dazu braucht es jedoch konkrete Ausführungsgesetze. Völkerrechtliche Normen werden entsprechend des dualen Rechtverständnisses in Deutschland nur über innerstaatliche Ausführungsgesetze rechtlich verpflichtend, es besteht somit kein Automatismus in Bezug auf eine unmittelbare Herstellungsverpflichtung.

Entsprechen die Schulgesetze den Anforderungen der UN-Konvention?

(aus dem Gutachten Poscher 2008)

- Nur in **Berlin und Bremen** entsprechen die Schulgesetze den Anforderungen der Konvention.
- Das **SchulG NRW** gibt entsprechend § 20 (1) zwar dem integrativen Unterricht in den allgemeinen Schulen Vorrang, jedoch enthält das Gesetz keine Verbindlichkeit für die Schulträger zur Ausweitung entsprechender Angebote.
- **§ 3 (4) Schulgesetz Bremen (August 2009)** auf der Grundlage des **„Bremer Konsens"** (Vereinbarung aller Bremer Parteien über „10 Jahre Ruhe in der Schulpolitik", egal wer über die Mehrheit im Bremer Senat verfügt):
- Bremische Schulen haben den Auftrag, sich zu inklusiven Schulen zu entwickeln. Sie sollen im Rahmen ihres Erziehungs- und Bildungsauftrages die Inklusion aller Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Staatsbürgerschaft, Religion oder einer Beeinträchtigung in das gesellschaftliche Leben und die schulische Gemeinschaft befördern und Ausgrenzungen einzelner vermeiden.

- Das in die allgemeinbildende Schule integrierte *Zentrum für unterstützende Pädagogik* (ZuP) unterstützt die Schule bei der inklusiven Unterrichtung. Zentren für unterstützende Pädagogik haben die Aufgabe, die allgemeine Schule in allen Fragen sonderpädagogischer und weiterer unterstützender pädagogischer Förderung zu beraten und zu unterstützen.
- Den Schulen steht ein *regionaler Unterstützungsdienst* zur Verfügung.
- Die schulische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Bedarf an unterstützender Pädagogik und sonderpädagogischer Förderung ist *Auftrag des gesamten Schulsystems*. Alle Schulen müssen Perspektiven und Maßnahmen für die Realisierung des Auftrags erarbeiten.

Die Aufgabe der „Inklusion“ stellt sich allen staatlichen Organen

Bund – Länder – Kommunen.

Rheinland-Pfalz hat als erstes Bundesland einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention (März 2010) - www.masgff.rlp.de

Der Aktionsplan der Landesregierung soll die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in allen Bereichen des Lebens vorantreiben. Die Visionen, Ziele und Maßnahmen des Aktionsplans orientieren sich daher an den grundlegenden Lebensbereichen sowie übergeordneten Querschnittsthemen, denen einzelne Artikel der UN-Behindertenrechtskonvention zugeordnet werden können. Konkretisiert werden folgende Bereiche:

- Erziehung und Bildung
- Arbeit und Wohnen
- Kultur, Sport und Freizeit
- Gesundheit und Pflege
- Schutz der Persönlichkeitsrechte
- Interessenvertretung
- Mobilität und Barrierefreiheit
- Barrierefreie Kommunikation und Information

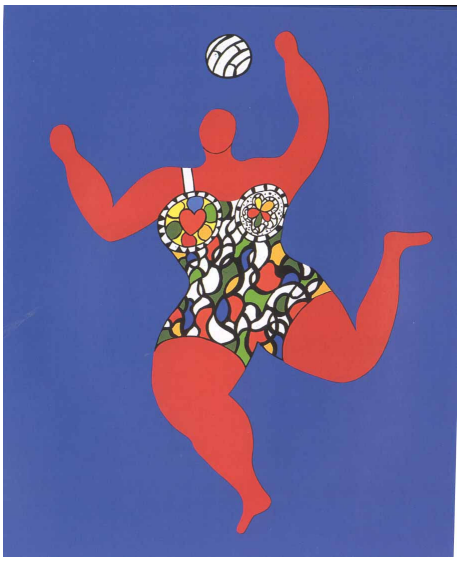
Städte und Kommunen werden über Bürgeranträge gedrängt, Inklusions- bzw. Teilhabepläne zu entwickeln, siehe Köln und Bonn.

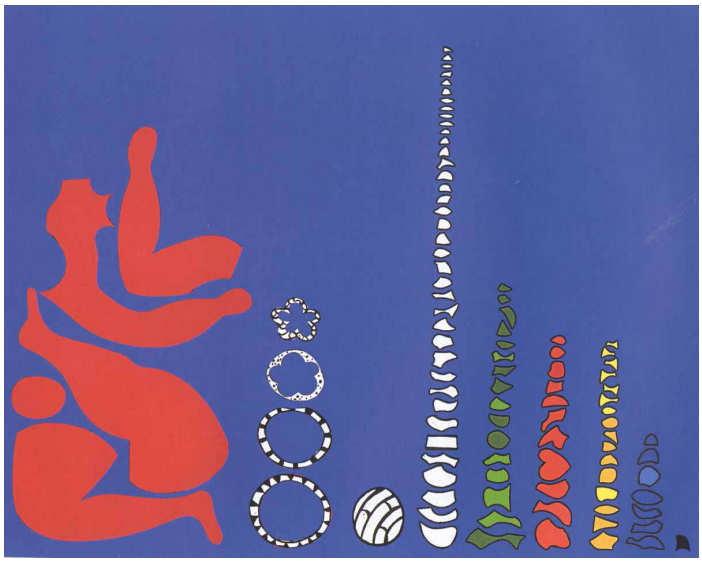
Was bedeutet Inklusion?

Inklusion bedeutet einen willkommen heißenden Umgang mit individueller Vielfalt.Inklusion bedeutet die aktive Umsetzung von Werten zur Überwindung aller Formen von Ausgrenzung. (BOOTH 2008).

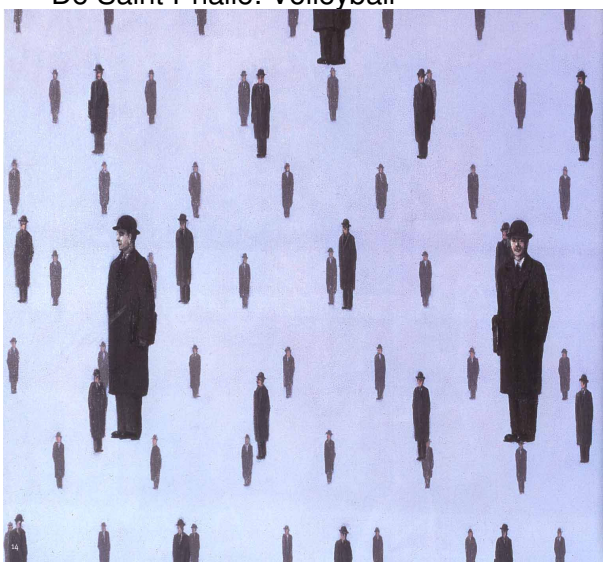
Was assoziieren Sie persönlich,
was verbinden Sie mit Ihrem Arbeitsfeld

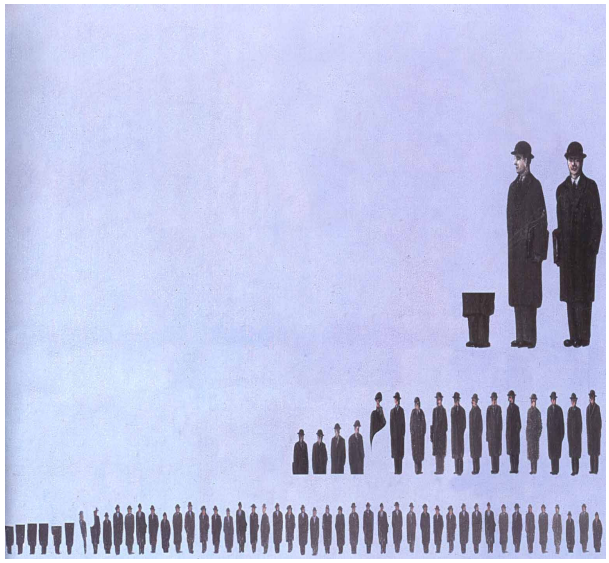
Ursus Wehrli, Kunst aufräumen, Zürich (Kein & Aber) 2002



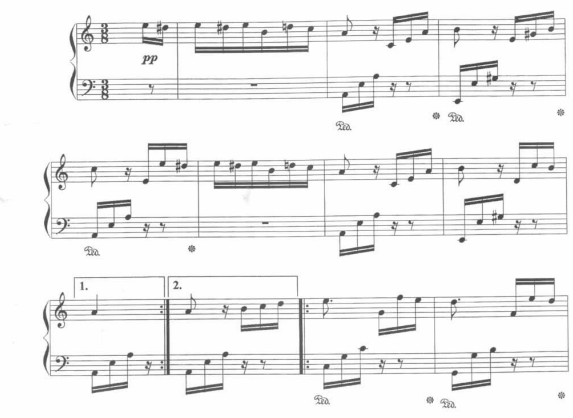


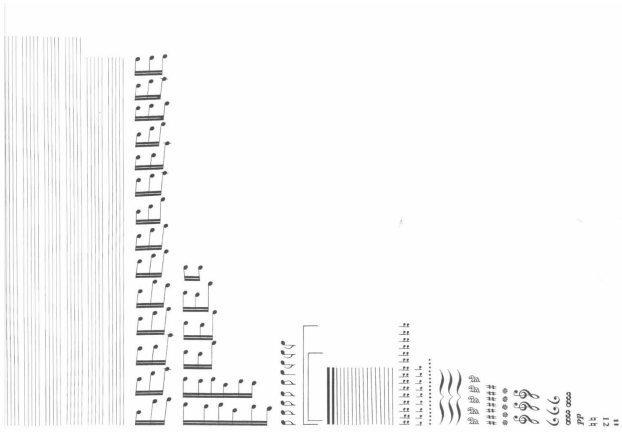
De Saint Phalle: Volleyball



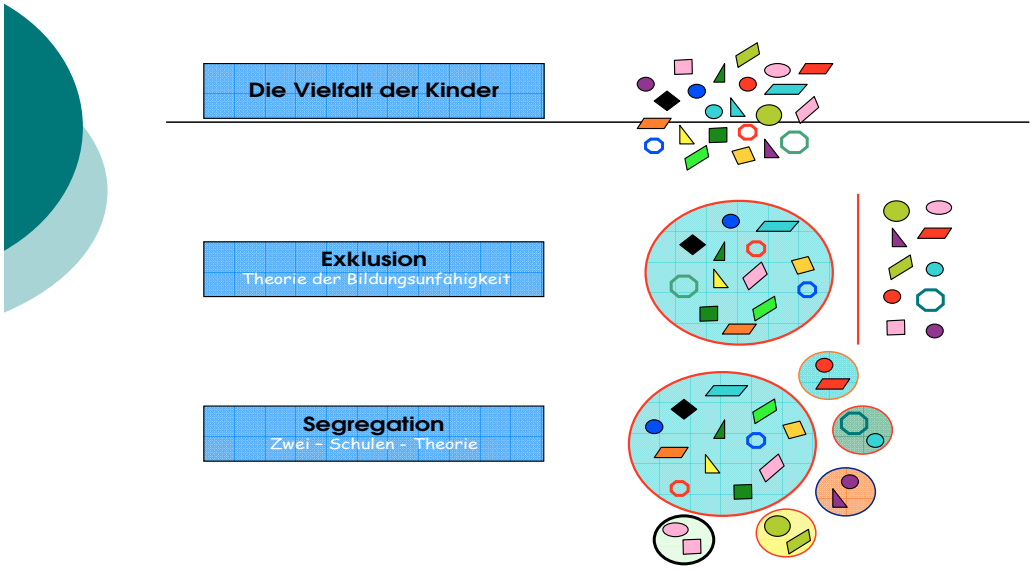


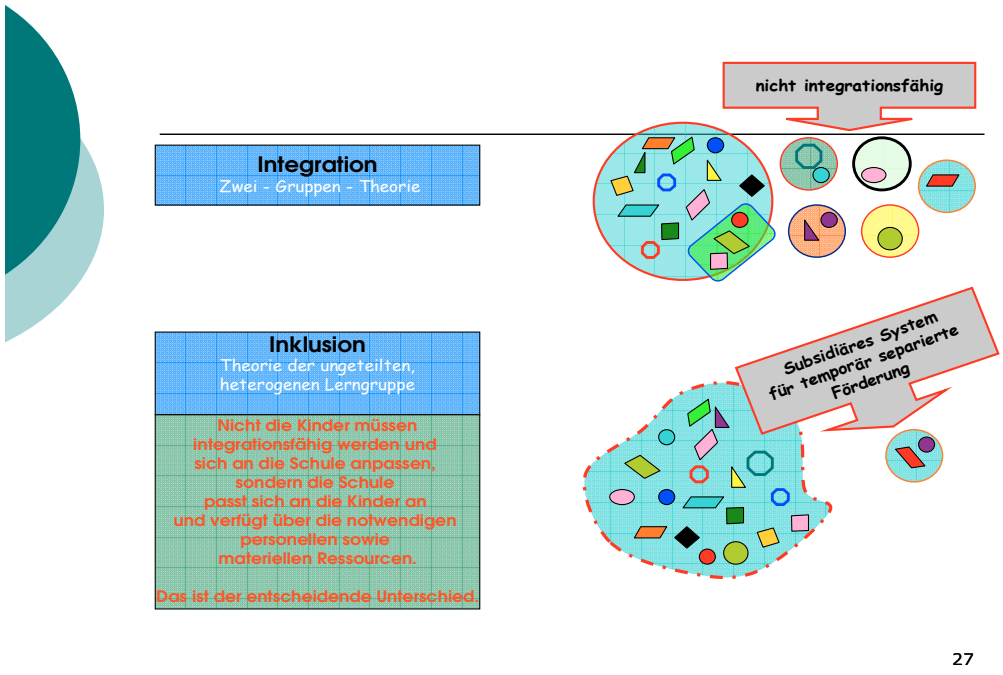
Magritte: Golconde





Beethoven: Für Elise





Inklusion – eine Definition

aus: Arbeitsbuch „Kommunaler Index für Inklusion

Inklusion bedeutet allgemein das Einbeziehen von Teilen in und zu einem Ganzen.

Zunehmend verstehen wir diesen Begriff auch als ein **Konzept des menschlichen Zusammenlebens**.

Inklusion bedeutet hier, die Teilhabe von Einzelnen an einer Gemeinschaft zu ermöglichen sowie die Barrieren für eine solche Teilhabe zu erkennen und aktiv zu beseitigen.

Teilhaben bedeutet

- **dabei sein**
- **wohlfühlen und anerkannt sein**
- **mitwirken**
- **kooperieren**
- **profitieren**

Inklusion versteht die **Verschiedenheit** (**Heterogenität)** von Menschen als **bereichernde Vielfalt** und versucht, sie aktiv zu nutzen.

Dazu gehören verschiedene **Arten von Heterogenität**: persönlich, regional, sozial, kulturell und anders bedingte Eigenschaften und Fähigkeiten, Geschlechterrollen, ethnische Herkünfte, Nationalitäten, Erstsprachen, Rassen, soziale Milieus, Religionen, weltanschauliche Orientierungen, körperliche Bedingungen etc.
Inklusion ist somit deutlich mehr als die selbstverständliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Bildung für alle und dem Leben, Arbeiten, Wohnen… mit allen. Die in der aktuellen Debatte zu beobachtende Konzentration des Begriffs auf die Behindertenfrage sowie auf die Sonderpädagogik ist eine unzulässige Verengung inklusiver Anforderungen, denn:

Inklusion wendet sich gegen jede gesellschaftliche Tendenz, Menschen an den Rand zu drängen.

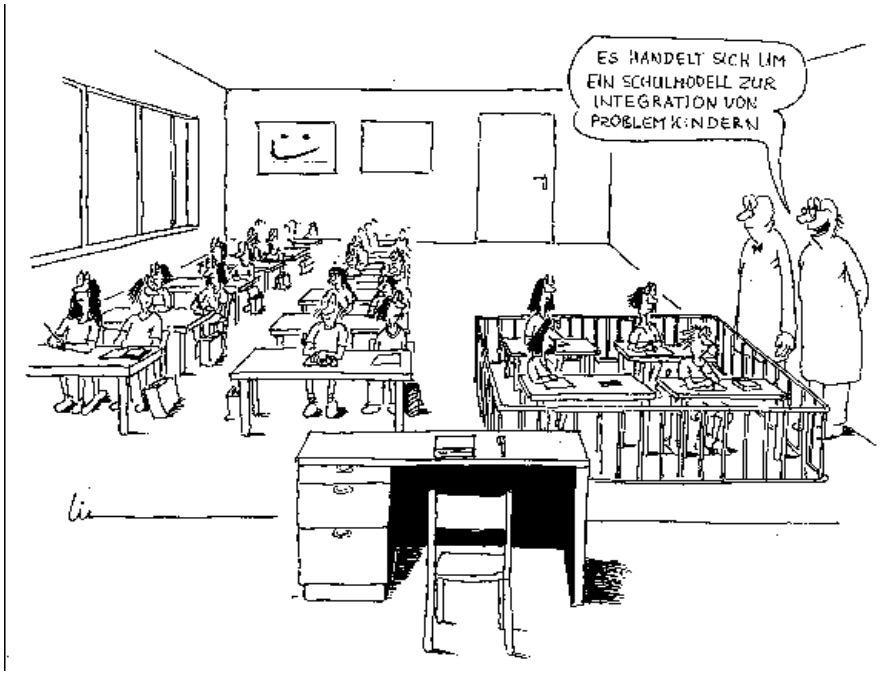
Inklusion stellt vielmehr Brücken und „Sprungbretter" für Teilhabe bereit, um die Vision einer inklusiven Gesellschaft zu realisieren.
Inklusion ist kein Ergebnis, sondern **ein Prozess**.
Inklusion ist **ein Nordstern**, eine Leitidee, an der wir uns konsequent orientieren und an die wir uns kontinuierlich annähern, selbst wenn wir sie nie vollständig erfüllen können.

Im schulischen Bereich ersetzt der inklusive Ansatz den „sonderpädagogischen Förderbedarf" durch das Konzept „Hindernisse für Lernen und Teilhabe".

Das Konzept fragt nicht nur, was braucht das Kind, sondern „Was braucht Schule, Unterricht…, damit dieses Kind teilhaben kann":
- Was sind die Barrieren für Lernen und Teilhabe in der Schule?
- Wer stößt auf Barrieren für Lernen und Teilhabe in der Schule?
- Was kann dabei helfen, Barrieren für Lernen und Teilhabe zu überwinden?
- Welche Ressourcen sind nutzbar, um Lernen und Teilhabe zu unterstützen?
- Wie können zusätzliche Ressourcen mobilisiert werden, um beides zu unterstützen?
- (siehe „Index für Inklusion")

Was unterscheidet Inklusion von Integration?

Integrationspädagogik =
Additions- und Reisepädagogik mit eher assimilatorischem Ansatz:



„…und an zwei Tagen in der Woche kommt eine Förderschullehrerin für jeweils 3 Stunden und nimmt die I-Kinder, die GU-Kinder, die Förder-Kinder raus. An unserer Schule haben wir „normale Kinder“ und „I-Kinder“.

(Die Zwei-Gruppen-Theorie)

- Integration unterscheidet zwischen „drinnen“ und „draußen“ – die „Zwei-Gruppen-Theorie“: Deutsche und Ausländer – Menschen ohne Behinderung und Menschen mit Behinderung
- Integration operiert mit herkömmlichen Kategorien und Zuschreibungen = das **Etikettierungs-Ressourcen-Dilemma**,
- Integration vermittelt kein komplexes **Verständnis von Heterogenität**, Integration versteht sich eher additiv.
- Integration definiert die **sonderpädagogische Rolle** und ihre **Aufgaben** kindbezogen und additiv und nicht systembezogen
    - (HINZ in Katzenbach 2007)

Inklusionspädagogik =

Die Umkehrung der „Integrationspflichten“ vom Kind zur „Inklusionskultur“ des Systems/der Institution

Das bedeutet und bewirkt:

Veränderung der Haltungen und Werte, des Auftrags der Schulen, Struktur, der Organisation, des Curriculums, der Pädagogik, Didaktik und Methodik in einer „Schule für alle“ sowie die Neugestaltung der Ausbildung

(Theorie der ungeteilten, heterogenen Lerngruppe)

Gute Gründe für Inklusion:

- Zunächst besteht eine **pädagogische Begründung**: Da inklusive Schulen alle Kinder gemeinsam unterrichten, müssen sie Mittel und Wege finden, beim Unterrichten auf individuelle Unterschiede einzugehen. Davon profitieren alle Kinder.
- Zweitens gibt es eine **soziale Begründung**: Inklusive Schulen können Einstellungen zu Vielfalt verändern, wenn alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden Sie bilden damit die Basis für eine gerechte und diskriminierungsfreie Gesellschaft.
- Drittens gibt es eine **ökonomische Begründung**: Es ist weniger kostenintensiv Schulen einzuführen und zu erhalten, die alle Kinder gemeinsam unterrichten, als ein komplexes System unterschiedlicher Schultypen zu errichten, die jeweils auf verschiedene Gruppen spezialisiert sind. (aus: Deutsche Unesco-Kommission 2009)

Was tut sich im Lande?

- Gründungsinitiativen:
    - Inklusive Universitätsschule Köln
    - Netzwerk Inklusive Schule Köln
    - Inklusive Kita Lohmarhohn…
    - Grundschulen Münster „Wartburgschule“ und „Berg Fidel“ wollen Gemeinschaftsschulen von 1 bis 10/13 werden
- Die derzeitige Minderheitsregierung NRW wird das Schulgesetz 2005 nicht antasten, jedoch die Experimentierklausel (§ 25) nutzen, siehe Gemeinschaftsschule/Profilschule Ascheberg… das Ende der Hauptschule auch in NRW, siehe Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06. Juli 2010: „UN-Konvention zur Inklusion in der Schule umsetzen“ = massiver Ausbau des GU in allen Schulformen.
- Das NRW-Modellprojekt *KsF* (in Phase 3 nun 50 Modellregionen) erhält inklusive Fassade. bzw. ist von Beginn an inklusiv ausgerichtet (siehe Gütersloh, siehe Kreis Mettmann).
- Die Hamburger Erkenntnis: Gravierende Schulstrukturreformen sind ohne Gewinnung, Beteiligung, Zustimmung der „Bürgerschaft“ nicht zu realisieren.
- In Köln und Bonn und… werden nun Inklusionspläne erstellt. In den Städten Lohmar und Hennef werden im Sinne einer „Kommunalen Bildungslandschaft“ die Kitabedarfs-, Schul- und Jugendhilfeplanungen verbunden und qualitativ mit inklusiver Perspektive ausgerichtet.
- Die KMK ringt um die zukünftige Gestaltung der sonderpädagogischen Förderung i.S.v. *Das Neue scheint unvermeintlich, aber wir kann möglichst viel Liebgewordenes erhalten bleiben!*

KMK – Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung

Stand der Diskussion 29.04.2010
KMK - Fachtagung 21. und 22. Juni in Bremen

Alle Bundesländer stellen sich der zentralen Herausforderung, das gemeinsame zielgleiche und zieldifferente Lernen in der allgemeinen Schule auszubauen.
Entscheiden sich die Eltern von Kindern mit Behinderung/sonderpäd. Förderbedarf für das gemeinsame Lernen, so ist die allgemeine Schule der vorrangige Lernort.
Pluralität der Förderorte:
Förderschulen mit spezifischen sonderpädagogischen Förderschwerpunkten sind sowohl Lernorte mit eigenen Bildungsangeboten als auch Kompetenz-/Förderzentren mit sonderpädagogischen Angeboten in den allgemeinen Schulen.
Förderschulen können in der allgemeinen Schule aufgehen. Sie können sich aber auch umgekehrt für Schülerinnen und Schüler ohne Behinderung öffnen, um auch dort gemeinsames Lernen zu ermöglichen.
Entwicklungsprinzipien:

- Konzepte auf dem Weg
- abgestimmte Regionalplanung = Vorort-Prinzip

Das KMK-Diskussionspapier finden sie unter:
www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Behindertenrechtskonvention/Diskussionspapier-Stand-29-04-2010.pdf

Orientierungshilfen und gute Beispiele

- die Entwicklungen in Bremen und Berlin verfolgen
- eine Reise nach Trondheim, nach Wiener Neudorf… Schulsprengel Welsberg
- sich über die Programme der Gründungsinitiativen informieren
- sich vor Ort über Entwicklungen, Programme und den Alltag innovativer Schulen informieren: GGS Wolperath-Schönau, GGS Berg Fidel Münster…
- Lernreisen in Modellregionen KsF, die von Beginn an und mit klarem Profil die Bildungslandschaft einer Stadt (Gütersloh – siehe www.koko.g.de), eines Kreises (siehe Kreis Mettmann –www.kreis-mettmann.de) inklusiv ausrichten.

und

Indexe für Inklusion
Schulen – Kitas – Kommunen (in der Projektphase**)**

Die Ursprünge der inklusiven Schule liegen in den USA und in Kanada. Hier hat z.B. der Schulinspektor Porter gegen Ende der 80er-Jahre in seinem Schuldistrikt die Schule für alle eingeführt.
In der Unesco-Konferenz „World Conference on Special Needs Education“ 1994 wurde in der Erklärung von Salamanca auf eine Schule für alle hingewirkt.
Inklusion ist gesetzlich verankert in Dänemark seit 1969, in Italien seit 1971, Norwegen 1987…
In Großbritannien entstand erstmalig im Jahre 2000 in dreijähriger Teamarbeit mit LehrerInnen, Eltern, Schulvorständen, ForscherInnen und einer Behindertenorganisation der Index für Inklusion, der von Ines Boban und Andreas Hinz (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) 2003 übersetzt, für deutschsprachige Verhältnisse überarbeitet und herausgegeben wurde.
Der *Index* für Inklusion sind offene Sammlungen und enthält

- konzeptionelle Grundaussagen
- den Rahmen für die Analyse
- Materialien für die Analyse in Form von Indikatoren und Fragen
- die Beschreibung des Index-Prozesses in 5 Phasen

IV. Gruppenphasen

IV. I. Impulse der Indexe für inklusive Entwicklung

Arbeitsauftrag:

- Sie bilden Arbeitsgruppen:
  - Welcher Impuls interessiert mich?
  - Sind die Gruppen gut gemischt?
  - Sind die Gruppen etwa gleich groß?
- Nehmen Sie Flipchart-Papier und Stifte und organisieren Sie den gemeinsamen Platz der Gruppe.
- Das ist zu tun:
  - zum Start: brainstorming… jede/r für sich… Ihre Notizen, Bilder…
  - informieren Sie sich gegenseitig
  - fügen Sie zusammen und entwerfen Sie das Gemeinsame
  - Ihr Entwurf wird allen präsentiert

Aus den Indexen Kitas, Schulen, Kommunen:

(1) Jede und jeder fühlt sich willkommen.
(2) Von allen Kindern und Jugendlichen wird viel erwartet.
(3) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten zusammen und unterstützen sich gegenseitig.
(4) Haben die Kinder und Jugendlichen das Gefühl, gemocht zu werden?
(5) Gute Kommunikation stärkt das Engagement aller.
(6) Die Kinder und Jugendlichen sind Subjekte ihrer Freizeit, ihres Spiels, ihres Lernens.

TeilnehmerInnen an den Arbeitsgruppen:

Jeder fühlt sich willkommen
Frau C.Müller, Herr M.Schnapka, Herr A.Lützenkirchen, Frau H.Hufschmidt, Frau A.Czellnik Villa, Herr U.Wontorra

Von allen Kindern und Jugendlichen wird viel erwartet
Frau C.Rönker, Frau G.Meier, Frau H.Heitmann, Frau G.Kretschmer, Frau G. Deussen-Dopstadt, Herr F. Langner

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten zusammen und unterstützen sich gegenseitig
Frau P.Fallet-Viehmann, Frau B.Thienpont, Frau Dr. B.Engelhardt, Frau G.Rothkegel, Herr U.Haus, Herr S.Klein

Haben die Kinder und Jugendlichen das Gefühl, gemocht zu werden ?
Frau E.Finke, Frau C.Janoschka, Herr S.Vaudlet, Frau L.Bebensee, Frau H.Knoblauch

Gute Kommunikation stärkt das Engament aller
Frau R. von Richthofen, Herr A.Arab, Herr C.Becker, Frau F.Nikolaus

Alle Kinder und Jugendlichen werden als gleich wichtig behandelt
Frau U.Scheuer, Herr N.Rauh, Herr H.G.Feldenkirchen, Frau U.Krüger

Ergebnisse der Index – Gruppen:

(1) Jede und jeder fühlt sich willkommen.

- Vielfalt
- Respekt
- Wertschätzung

Willkommen Sein und Willkommen Heißen kann jeder und jede lernen!
Manchmal mit Hilfe.
Jeder Jeck ist anders!!!

(2) Von allen Kindern und Jugendlichen wird viel erwartet.

- kognitive Erwartungen
- persönliche Erwartungen
- soziale Erwartungen
- emotionale Erwartungen

} Transparenz

- <u>Probleme:</u>

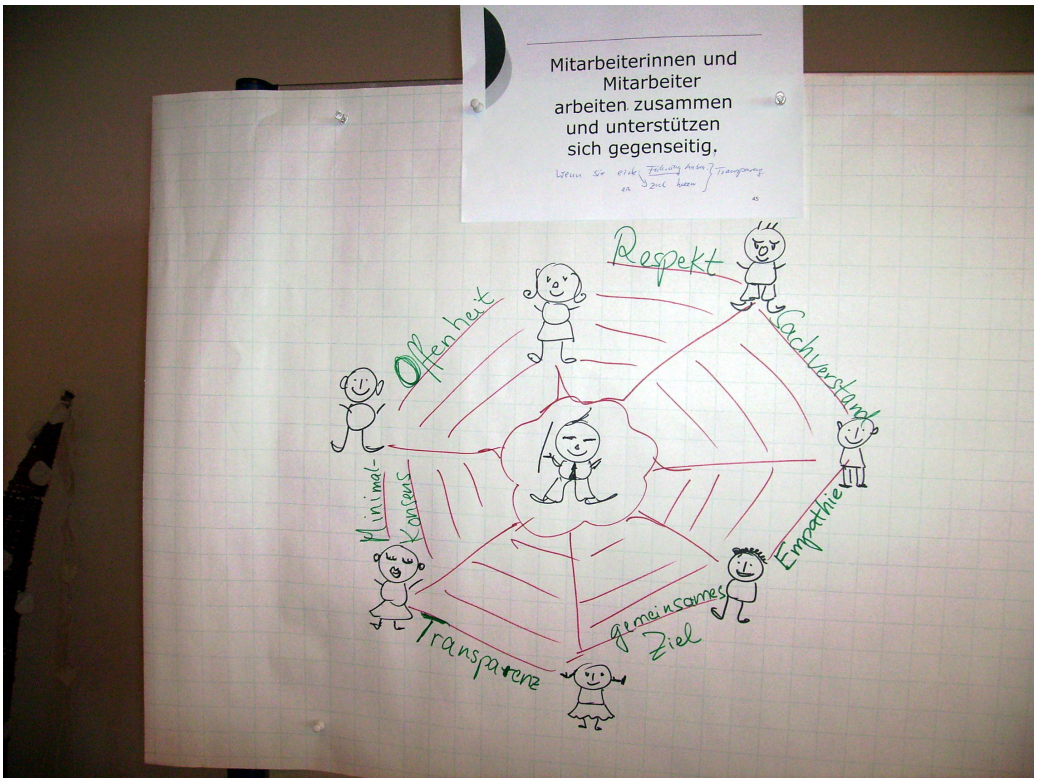
- zielgleiche Abschlüsse
- Ressourcen
- Anspruch auch bisher nicht erfüllt

- <u>Lösungsansätze:</u>

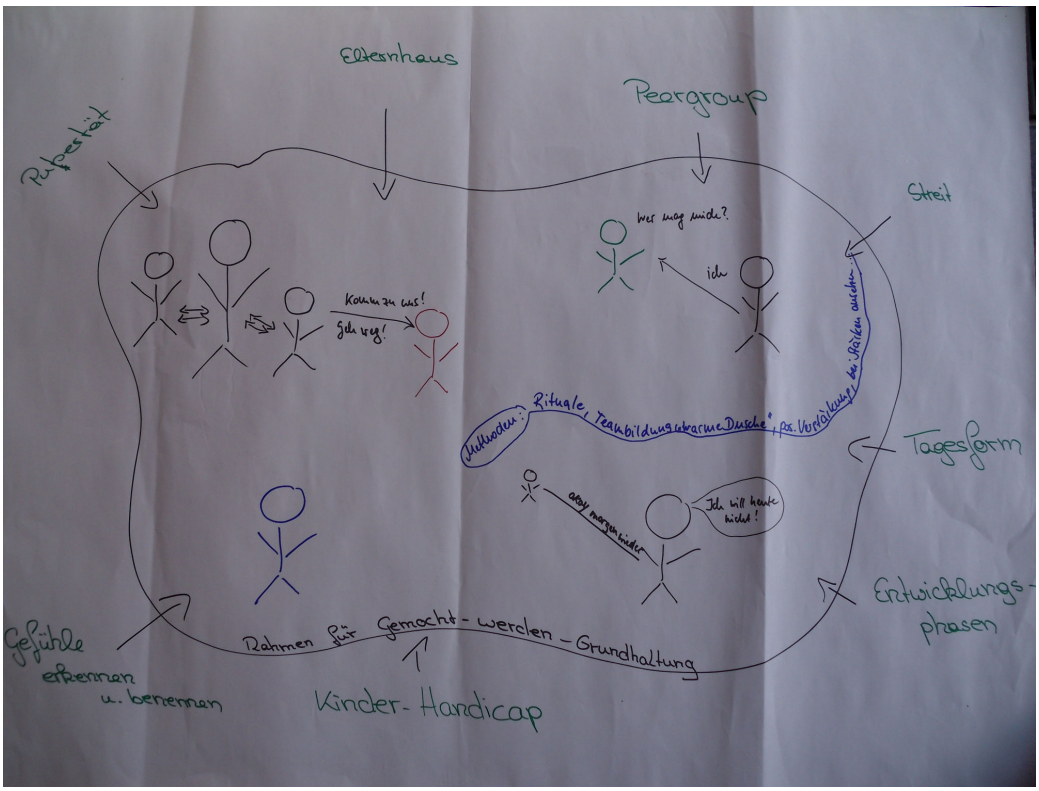
- Zieldifferenz
- kontinuierliche Diagnostik
- ganzheitlicher Ansatz im Sozialkontext
- frühzeitiger Beginn von Inklusion

(3) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten zusammen und unterstützen sich gegenseitig.

Wenn sie eine Führung und wenn sie ein Ziel haben und wenn Transparenz gegeben ist:

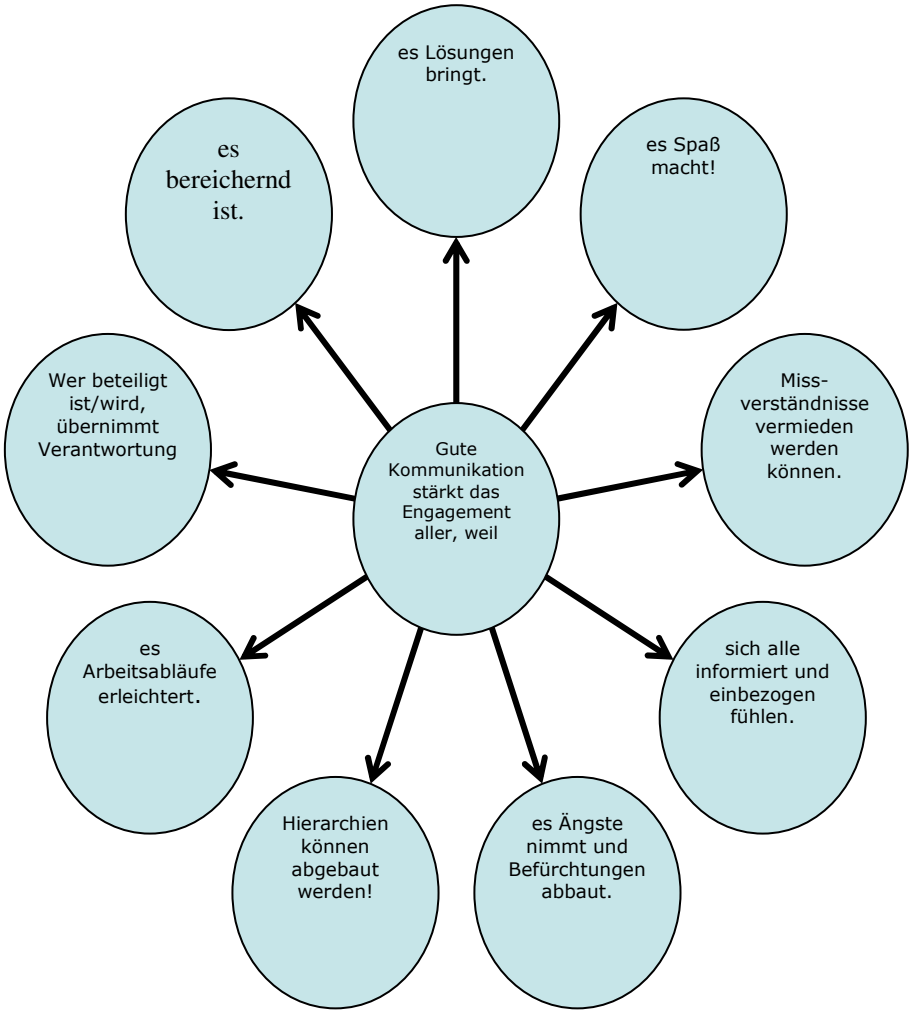


(4) Haben die Kinder und Jugendlichen das Gefühl, gemocht zu werden?



(5) Gute Kommunikation stärkt das Engagement aller.

Was verstehen wir unter Kommunikation?
→Definition?
Diskussion, Informationsfluss
Kommunikationstechniken: Regeln, Zeit Raum, Struktur, Moderation
man kann auch zuviel diskutieren, das kann Nachteile bringen, wenn man sich mit den „Falschen anlegt“



(6) Alle Kinder und Jugendlichen werden als gleich wichtig behandelt.

Definition: „wichtig“ ?

- als Mitglied der Gesellschaft
- behandeln heißt, ich tue es… „alle“
  ist unrealistisch ohne notwendige Ressourcen (Fachpersonal)
- Aussage ist ein Ideal, dem man sich nur bis zu einem bestimmten Punkt annähern kann.
- gleich wichtig bedeutet nicht, dass alle gleiche Zuwendungsanteile erhalten müssen

IV.II. Kleine wirkungsvolle Entwicklungsschritte in der Perspektive „Inklusion“ sind jetzt schon in den Institutionen möglich.

Arbeitsauftrag:

- Was nehmen Sie in Ihre Institution mit?
- Was berichten Sie?
- Was könnten Sie initiieren?

Bilden Sie Institutionsgruppen, sammeln Sie Ideen, werden Sie vielleicht schon sehr konkret und dokumentieren Sie Ihre Ergebnisse auf Flipchart.

TeilnehmerInnen aus den Arbeitsgruppen:

Institution Grundschule
Herr S.Vaudlet, Frau U.Seidelmann, Frau A.Czellnik Villa, Herr U.Haus, Herr N.Rauh, Frau U.Scheuer, Frau B.Thienpont, Frau C.Janoschka, Frau G.Meier

Institution Bornheimer Kindergärten
Frau R. von Richthofen, Frau F.Nikolaus, Herr A.Lützenkirchen, Frau H.Knoblauch, Frau E.Finke, Herr M.Schnapka, Frau C.Rönker

Institution Hauptschule
Frau P.Fallet-Viehmann, Herr S.Klein, Herr H.G.Feldenkirchen, Frau G.Deussen-Dopstadt, Frau G.Rothkegel, Frau U.Krüger, Frau H.Heitmann, Frau G.Kretschmer

Institutionen Europaschule/Gymnasium
Herr C.Becker, Frau L.Bebensee, Herr A.Arab, Herr A,Thun, Frau C.Müller, Frau H.Hufschmidt, Herr F.Langner

Ergebnisse der Gruppen:

Institution Grundschule:

- Arbeit an der Wertehaltung → Bericht: verändertes Berufsbild
- Zusammenarbeit mit dem KFS *(Kompetenzzentrum sonderpädagogische Förderung)*
- Konferenz, Beratung, 2 Stunden
- Team: Jeder ist für alle Kinder verantwortlich
- Einsatz von Seniorexperten / Zivis/ Soz.päd. vom Jugendamt
- Ressourcen aus dem Stundenplan Kreative Lösungen!
- Gestaltung des Lernumfeldes (Index) Schule und Klasse signalisieren: Willkommen

Institution Bornheimer Kindergärten

Wir nehmen mit:

- Öffnung
- Vermittlung
- Auseinandersetzung
- Diskussion

} Zum Thema *Inklusion*

Wir berichten:

- über Atmosphäre
- über Ziele
- über Wege
- über Visionen
- über Bereitschaft
- über Modell Bornheim (positiv: alle an einen Tisch)
- über unser Vorhaben

Wir machen uns auf den Weg!!!

… wir wollen für Bornheim einen ***„Inklusionsplan“***

- alle Bornheimer Träger zusammen→ übergreifend
- wir brauchen ein Kompetenzzentrum für Kindergärten – Montagsstiftung/ Frau Rothkegel
- mehr Integrationsplätze einrichten
- Kompetenzentwicklung der Fachkräfte (durch Fortbildung – auch übergreifend)
- Patenschaften von interaktiven Einrichtungen und denen, die sich auf den Weg machen
- Fachtag zum Thema Inklusion- trägerübergreifend →im **Elementarbereich**

Institution Hauptschule:

Was nehmen wir mit?

- positiv veränderte Wertehaltung
- Wunsch: Inklusion der Förderschulen, langer Weg, Beginn mit kleinen Schritten
- Besprechung der Thematik in der Steuergruppe
- Einbindung in Schulentwicklungsplanung, Fortbildung Kollegium Kompetenzzentrum – Politik-Hauptschule
- Ermittlung von Kompetenzen in den Kollegien der Schulen – Ressourcen erfassen.
- Ermittlung von Kindern mit Förderbedarf, Erfassung des Förderbedarfs: zielgleich und zieldifferent
- !!! erster Schritt: Individuelle Hilfepläne, Checkliste der notwendigen Ressourcen, Grenzen erkennen- !!! Nicht mit negativen Folgen für sonderpädagogische Maßnahmen in Förderschulen
- Aufbau fester Strukturen: Arbeitskreis mit Schulen, Kitas und Eltern + überregionale Steuergruppe mit Beteiligung der Politik
- Inklusionsplan für die Stadt Bornheim

Institutionen Europaschule+ Gymnasium:

- breite Teilnahme und Wille an Inklusion
- Ziel 20+5
- in Unterricht einfließen lassen (Aktion Mensch)
- zieldifferentes Lernen
- **feste** Sonderpädagogen
- Ziele offen halten & keine Überanforderung der Schule
- zusätzliche Schulbegleitung

Ziel: **Aufnahme von OTTO** (Förderschwerpunkt geistige Entwicklung) an der Europaschule zum Schuljahr 2011/2012

Bedenkenswerte Fragen:

Eltern: Wie kann ich Bedenken anderer ausräumen?

Mitschüler: Was wird aus OTTO, wenn er nicht aufgenommen wird?
Was kann man tun, damit OTTO von allen akzeptiert würde?
Wie kann man Ängste (Berührungsängste und Befürchtungen für die eigenen Leistungen) abbauen?

Schulleitung: Zustimmung zu 20+5 (BR)
Flächendeckende Doppelbesetzung, Sonderpädagoge, Schulbegleiter
Wie sieht der Unterricht in Planung+ Durchführung konkret in den verschiedenen Fächern aus?
Was bedeutet die mit der Zeit weiter aufgehende inhaltliche/ fachliche Schere für OTTO, für Mitschülerinnen und Mitschüler, für die Lehrerinnen und Lehrer?

Schule: Was kann das Kompetenzzentrum leisten, um OTTO und die Schule zu unterstützen?
Was bedeutet die Aufnahme von OTTO für jede einzelne/ jeden einzelnen Mitschüler/in

Was gewinnt OTTO?

V. Kleine wirkungsvolle Entwicklungsschritte in der Perspektive „Inklusion“ sind jetzt schon in der Bildungslandschaft Bornheim möglich:

Regionale Bildungslandschaft bedeutet die konkrete Realisierung kommunaler Verantwortung für die „**zukunftsgerichtete Weiterentwicklung des Bildungssystems** “

Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages anlässlich des Kongresses „Bildung in der Stadt“ am 22./23. November 2007:

Ausgangspunkt für Bildungsprozesse in den verschiedenen Lebensphasen ist die kommunale Ebene.

Hier entscheidet sich Erfolg oder Misserfolg von Bildung, werden die Grundlagen für berufliche Perspektiven, gesellschaftliche Teilhabe und gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit einer Region gelegt.

Leitbild des Engagements der Städte ist die kommunale Bildungslandschaft im Sinne eines vernetzten Systems von Erziehung, Bildung und Betreuung.

Hauptmerkmale der kommunalen Bildungslandschaft sind:

- Individuelle Potentiale des Individuums und deren Förderung in der Lebensperspektive sind Ausgangspunkt für die Organisation von Bildungs- und Lernprozessen.
- Kein Kind, kein Jugendlicher darf verloren gehen.
- Die für Bildung zuständigen Akteure arbeiten auf der Basis verbindlicher Strukturen zusammen: Familie, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Kultur, Sport, Wirtschaft etc.
- Eltern bzw. Familien werden als zentrale Bildungspartner einbezogen.
- Übergänge werden nach dem Prinzip „Anschlüsse statt Ausschlüsse“ ermöglicht und gestaltet.
- Die kulturelle Bildung wird als wichtiger Teil ganzheitlicher Bildung einbezogen.

Folgerungen für die Bildungslandschaft Bornheim:

- Die Form der Zukunftskonferenz sollte beibehalten werden, besser wäre es jedoch, zukünftig zwei Tage in Klausur zu gehen.
- Die LVR – Schule sowie der LVR als Träger sollten mehr einbezogen werden.
- Einzubeziehen ist themenbezogen die Arbeitswelt, das Handwerk, Unternehmen, der Bereich der beruflichen Bildung.
- Ein konkreter Bezug zur Kommunalpolitik ist stets herzustellen.
- Der Transfer in die jeweiligen Institutionen ist sicherzustellen.
- Es braucht zukünftig eine konkrete Wege- und Realisierungsplanung.
- Das Thema Inklusion sollte in allen Bereichen weiter thematisiert werden.

VI. Tagungsernte und Auswertung:

- „Mir hat es wieder Energie gegeben. Ich stelle fest, dass sich immer mehr Menschen dazu Gedanken machen und sich engagieren."
- „Wichtig ist, Muße und Zeit zu haben, sich mit dem Thema zu befassen, viele Dinge sind klarer geworden."
- „Das ist ein schwieriges Thema, aber wir sind auf dem richtigen Weg, denn wir packen das gemeinsam an."
- „Alle befassen sich mit dem Thema und wollen einen Beitrag leisten."
- „Beeindruckt hat mich, welche persönliche Färbung Inklusion hat."
- „Inklusion bedeutet Werteorientierung."

Das war gut:

- wertschätzender Umgang mit unterschiedlichen Berufsgruppen und Meinungen
- eine schöne Runde: Alle sind vertreten
- der informelle und formelle Austausch
- das Essen
- alle Institutionen vereint für Infos, Gespräche, Absprachen, staunen, bewerten
- Atmosphäre
- Themenstellung
- Dialog
- konstruktive Zusammenarbeit ohne Zwang
- eine umfassende Betrachtung der Thematik
- es gab keine Übernachtung
- Pädagogik mit Schule, Politik, Eltern, Schülerin und Schülern, Kindergärten
- gute Kommunikation der Institutionen und der Politik
- Zeit für eigene Arbeit
- gute Information und Einführung in das Thema sowie die Moderation

Das hat gefehlt:

- Zeit
- Übernachtung und abendlicher Austausch zur Nachlese mit Spätlese
- Arbeitsgruppe Kitas – Grundschulen
- keine Kirchenvertreter, keine „Ursulinen"
- frontaler Input war sehr lang
- erfolgreicher Weg als Beispiel
- noch mehr Austauschzeit
- vorbereitende Informationen
- verpflichtende Vereinbarungen zur Inklusion für Schulen oder den Stadtrat

VII. Liste der Teilnehmenden

1. Schulleitungen

1.1 Herr Christoph Becker, Europaschule Bornheim,
1.2 Frau Anna Czellnik Villa, Thomas-von-Quentel-Schule Walberberg,
1.3 Frau Dr. Brigitte Engelhardt, Alexander-von-Humboldt-Gymnasium Bornheim,
1.4 Herr Ulrich Haus, Wendelinus-Schule Sechtem,
1.5 Frau Henriette Heitmann, Franziskus-Schule Merten,
1.6 Frau Hanne Hufschmidt, Europaschule Bornheim,
1.7 Frau Claudia Janoschka, Nikolaus-Schule Waldorf,
1.8 Herr Frank Langner, Alexander-von-Humboldt-Gymnasium Bornheim,
1.10 Frau Gertrud Meier, Johann-Wallraf-Schule Bornheim,
1.11 Herr Norbert Rauh, Herseler-Werth-Schule,
1.12 Frau Gisela Rothkegel, Bornheimer Verbundschule,
1.13 Frau Uta Scheuer, Sebastian-Schule Roisdorf,
1.14 Frau Barbara Thienpont, Markus-Schule Rösberg,
1.15 Stefan Vaudlet, Martinus-Schule Merten,
1.16 Herr Heinrich Wild-Matejka, Förderschule Sprache LVR.

2. Je ein Mitglied der im Rat vertretenden Parteien

2,1 Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion, Frau Gabriele Deussen-Dopstadt,
2.2 UWG/Forum-Fraktion, Herr Hans Gerd Feldenkirchen,
2.3 FDP-Fraktion, Herr Stefan Klein,
2.4 CDU-Fraktion, Frau Gabriele Kretschmer,
2.5 SPD-Fraktion, Frau Ute Krüger.

3. Stadtschulpflegschaft / Stadtschülervertretung

3.1 Herr Adrian Arab (Schülervertretung),
3.2 Frau Lena Bebensee (Schülervertretung),
3.3 Herr Frank Müller (Vors. Stadtschulpflegschaft),
3.4 Herr Anton Thun (Schülervertretung).

4. Vertreter der städtischen Kindergärten

4.1 Frau Franziska Nikolaus, Kindergarten Bornheim, Secundastr.,
4.2 Frau Regina von Richthofen, Kindergarten Widdig.

5. Freie Träger Kindergärten / Elternbeirat

5.1 Frau Esther Finke, Fachberatung AWO,
5.2 Frau Regine Kron, Fachberatung Elterninitiativen Rhein-Sieg-Kreis,
5.3 Frau Christine Rönker, Elternbeirat.

6. Elterninitiative Inklusion

6.1 Frau Cordula Müller.

7. Regionales Bildungsbüro des Rhein-Sieg-Kreises

7.1 Frau Petra Fallet-Viehmann,
7.2 Frau Urte Seidelmann.

8. Vertreter des Schulträgers LVR

8.1 Herr Ulrich Wontorra.

9. Vertreter des Schulträgers/Jugendamt (Verwaltung) / Moderator

9.1 Herr Manfred Harder (GBL 4.3)
9.2 Frau Heike Knoblauch (GB 4.3)
9.3 Herr Andreas Lützenkirchen (GBL 4.2)
9.4 Herr Raimund Patt, Horhausen (Moderator),
9.5 Herr Markus Schnapka (Beigeordneter/Dezernent).

VIII. Literatur

- Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention Rheinland-Pfalz - (März 2010) - www.masgff.rlp.de
- Arbeitsbuch „Kommunaler Index für Inklusion“ – Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft 2010
- BOOTH, Tony *in* Hinz, Körner, Niehoff, Von der Integration zur Inklusion, Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Dez. 2008
- BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT Gemeinsam leben – gemeinsam lernen e.V., Statement zum Rechtsgutachten Prof. Riedel, Januar 2010
- Deutsches Institut für Menschenrechte, Die UN-Behindertenrechtskonvention und ihr Fakultativprotokoll, Berlin 2008
- Deutsche Unesco-Kommission, Inklusion: Leitlinien für die Bildungspolitik, Bonn 2009 (http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bibliothek/3110_9_policy_guidelines_deutsch-Internet.pdf)
- Eckpunktepapier MSW NRW vom 17.10.2007
- ERBING Saskia & AMRHEIN Bettina: Förderschulen als Kompetenzzentren – Chance für echte Schulentwicklung oder Burnout-Rezept für Lehrerinnen und Lehrer? in Heilpädagogik online 01/2009
- HINZ, Andreas: Inklusive Pädagogik in der Schule – veränderter Orientierungsrahmen für die schulische Sonderpädagogik!? Oder doch deren Ende?? in Zeitschrift für Heilpädagogik 5/2009 S. 171 ff
- INDEX FÜR INKLUSION - Lernen und Teilhabe in Schulen der Vielfalt entwickeln - entwickelt von Tony Booth und Mel Ainscow, übersetzt, für deutschsprachige Verhältnisse bearbeitet und herausgegeben von Ines Boban und Andreas Hinz, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Fachbereich Erziehungswissenschaften
- KATZENBACH, Dieter (Hrsg.): Vielfalt braucht Struktur – Heterogenität als Herausforderung für die Unterrichts- und Schulentwicklung, Frankfurter Beiträge zur Erziehungswissenschaft, Frankfurt am Main 2007
- KLEMM, Klaus. Sonderweg Förderschulen: Hoher Einsatz, wenig Perspektiven – Eine Studie zu den Ausgaben und zur Wirksamkeit von Förderschulen in Deutschland, Bertelsmann Stiftung 2009
- KRUSE, Peter: next practice – Erfolgreiches Management von Instabilität, Veränderung durch Vernetzung, Offenbach 2009
- LEIPZIGER THESEN, gemeinsame Erklärung des Bundesjugendkuratoriums (BLK), der Sachverständigenkommission des 11. Kinder- und Jugendberichts und der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ), Bonn, Berlin, Leipzig 2002
- POSCHER, Ralf u.a.: Von der Integration zur Inklusion – Das Recht auf Bildung aus der Behindertenrechtskonvention und seine innerstaatliche Umsetzung, Baden-Baden 2008 (Schriften zum Bildungs- und Wissenschaftsrecht)
- PREUSS-LAUSITZ, Ulf, Stellungnahme im Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie in Berlin am 18. Juni 2009
- SCHNELL, Irmtraud & SANDER, Alfred (Hrsg.): Inklusive Pädagogik, Bad Heilbrunn 2004
- Schulgesetze NRW – Bremen -. Niedersachsen
- SOZIALVERBAND Deutschland (SoVD), Pressemitteilung 28.01.2010 – Rechtsgutachten Prof. Riedel
- WILHELM, Marianne & EGGERTSDOTTIR, Rosa & MARINOSSON, Gretar L. (Hrsg.): Inklusive Schulentwicklung, Weinheim und Basel 2006
- WOCKEN, Hans, Inklusion&Integration – Ein Versuch, die Integration vor der Abwertung und die Inklusion vor Träumereien zu bewahren, Vortrag Frankfurt